

**Niederschrift
über die
47. Sitzung des Integrationsbeirates
am 12. April 2024
im Sitzungssaal des Neuen Rathauses, Regensburg**

Beginn: 16:03 Uhr
Ende: 17:27 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder:

	Name	anwesend	entschuldigt	unentschuldigt
1	Frau Arndt-Grunde i, Anja	X		
2	Herr Prof. Dr. Brunnbauer , Ulf		X	
3	Herr Cetinkaya , Nurdoğan		X	
4	Frau Rist-Kaip , Tünde		X	
5	Herr Fonseca Santovito , Rogerio			X
6	Frau Funk , Erika Eva		X	
7	Frau Hanifah , Mumtaz			
8	Frau Jackiewicz , Jolanta	X		
9	Frau Lang , Julia	X		
10	Herr Dr. Mårton , Mihai-Paul	X		
11	Herr Paquay Rovira , Pedro	X		
12	Frau Pelties , Marta	X		
13	Herr Sarik , Haritun	X		
14	Herr Sbirkov , Ivan	X		
15	Frau Schwarz , Stephanie	X		
16	Frau Shahedi , Monir	X		
17	Herr Sirreah , Bassel		X	
18	Frau Stabnau , Hae-Gyung	X		
19	Frau Stupavsky , Anna	X		
20	Frau Torreblanca Cruz , Mariana	X		
21	Frau Wudtke , Valentina			X
		13	5	2

Beratende Mitglieder:

	Name	anwesend	entschuldigt
1	Für die CSU-Fraktion: Dechant , Bernadette (Stellvertretung: Tahedi , Erich)		X (Dechant) X (Tahedi)
2	Für die Fraktion B 90/DIE GRÜNEN: Gaittet , Daniel (Stellvertretung: Eberlein , Theresa)	X (Gaittet)	
3	Für die BRÜCKE-Fraktion: Simon , Bettina (Stellvertretung: Wolbergs , Joachim)		
4	Für die SPD-Fraktion: Irmisch , Alexander (Stellvertretung: Kolbe-Stockert , Evelyn)	X (Irmisch)	
5	Für die ÖDP-Fraktion: Graf , Joachim	X	
6	Für die Freie Wähler-Fraktion: Radler , Kerstin		X

Weitere beratende Mitglieder:

	Name	anwesend	entschuldigt
1	von Seiche , Julia (Initiative „Ausbildung statt Abschiebung!“ e. V.) (Stellvertretung: Koller , Dr. Doris)	X (Koller)	
2	Hanusa , Helga (Keine Bedienung für Nazis e. V.) (Stellvertretung: Simek , Ludwig)	X (Hanusa)	
3	Sauerer , Michael (BI Asyl Regensburg) (Stellvertretung: Streitberger , Gotthold)	X (Streitberger)	X (Sauerer)
4	Issakha , Youssouf (CampusAsyl e.V.) (Stellvertretung: Yunes , Moatasam)	X (Yunes)	
5	Firat , Nihat (Migrationsausschuss der IG Metall Regensburg)	X (Firat)	
6	Cetinkaya , Aylin (Alevitische Gemeinde Regensburg und Umgebung e. V.) (Stellvertretung: Firat , Nihat)		
7	Maltz-Schwarzfischer , Gertrud (Oberbürgermeisterin Stadt Regensburg)		

Anwesende Mitglieder der Stadtverwaltung:

	Name
1	Herr Vernim , Matthias (Amt für Integration und Migration)
2	Frau Spitaler-Kossok , Ines (Amt für Integration und Migration)
3	Frau Dirnberger , Melanie (Amt für Integration und Migration)

Top 1: Begrüßung und Aktuelles

Berichterstattung: Julia Lang

Frau Lang begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass aktuell die Beschlussfähigkeit des Beirates noch nicht gegeben ist. Frau Lang teilt aber mit, dass Frau Schwarz ihr mitgeteilt habe, dass sie ein wenig später komme. Des Weiteren begrüßt Frau Lang die heute anwesenden Zuschauerinnen und Zuschauer. Frau Lang heißt die Oberbürgermeisterin, die Vertreter der Parteien, sowie die weiteren beratenden Mitglieder willkommen.

Frau Lang verweist auf das Protokoll der 45. Sitzung vom 17.11.2023, das an alle verschickt wurde.

Frau Lang verweist darauf, dass zukünftig der Bericht der Oberbürgermeisterin immer TOP 2 der Tagesordnung sein werde. Frau Lang bittet darum, Fragen an die Oberbürgermeisterin bereits im Vorfeld an die geschäftsführende Stelle heranzutragen.

Zwischenzeitlich betritt Herr Paquay Rovira um 16.07 Uhr den Raum.

Frau Lang stellt fest, dass nun Beschlussfähigkeit vorliegt. Sie verweist auf den von Herrn Cetinkaya gestellten Eilantrag an die AGABY. Frau Lang fragt, ob es Gegenstimmen gibt, den Antrag mit in die heutige Tagesordnung aufzunehmen. Dies ist nicht der Fall. Frau Oberbürgermeisterin weist darauf hin, dass der Punkt 7 „AGABY-Jahrestagung und –Vollversammlung“ bereits auf der Tagesordnung sei und insofern ein extra Antrag zur Aufnahme in die Tagesordnung nicht gestellt werden müsse. Auch der Stadtrat verfare hier entsprechend seiner Geschäftsordnung so. Wichtig sei, dass der Punkt bereits vorab auf der Tagesordnung stehe.

Frau Lang bedankt sich bei Frau Maltz-Schwarzfischer für den Hinweis und Frau Maltz-Schwarzfischer fährt mit TOP 2 der Tagesordnung fort.

Top 2: Bericht der Oberbürgermeisterin

Berichterstattung: Frau Maltz-Schwarzfischer

Frau Maltz-Schwarzfischer beginnt mit einem kurzen Bericht zur Stadtbahn und dem anstehenden Bürgerentscheid. Im Stadtrat sei hierzu ein Bürgerentscheid beschlossen worden, der Abstimmungstermin hierzu finde am 09.06.24, und somit am gleichen Tag wie die Europawahl, statt. Hierzu werden Wahlbenachrichtigungen an alle Wahlberechtigten verschickt. Frau Maltz-Schwarzfischer verweist darauf, dass bei diesem Bürgerentscheid alle EU-Bürger automatisch wahlberechtigt seien und sich nicht extra in Wahllisten eintragen lassen müssen, wie beispielsweise bei der Europawahl.

Mit der Wahlbenachrichtigung werden Unterlagen in Form einer Information und die Möglichkeit zur Briefwahl verschickt, was ebenfalls im Stadtrat beschlossen worden sei. Die Oberbürgermeisterin räumt ein, dass eine Mehrsprachigkeit z. B. des Informationsblattes zwar nicht umgesetzt werden könne, es gebe jedoch einen QR Code, mit dem man auf die Infoseite zur Stadtbahn geleitet werde. Hier arbeiten gerade die Pressestelle und das Amt für Informations- und Kommunikationstechnik an der Umsetzung einer Übersetzungsfunktion. Damit bestehe dann die Möglichkeit, sich die Informationen in diverse Sprachen übersetzen zu lassen. Frau Maltz-Schwarzfischer betont, dass bis zu diesem Bürgerentscheid keine weiteren Entscheidungen zur Stadtbahn getroffen bzw. es auch keine weiteren Aufträge oder ähnliches geben werde. Frau Maltz-Schwarzfischer ruft alle dazu auf, sich zu informieren und an der Abstimmung teilzunehmen, da es ein wichtiges Projekt für die Stadtentwicklung und die Zukunftsentwicklung der Stadt sei.

Frau Maltz-Schwarzfischer berichtet zur aktuellen Entwicklung am Bahnhofsareal. Sie teilt mit, dass es hierzu kürzlich im Stadtrat einen aktuellen Bericht der Polizei gegeben habe. Die Polizei berichtete zuerst, warum sie dort einen verstärkten Handlungsbedarf sehe, was bereits alles getan werde und was in Zusammenarbeit mit der Stadt noch alles gemacht werden solle. Die Präsenz der Polizei vor Ort sei bereits deutlich erhöht worden.

16:14 Uhr Herr Sbirkov kommt in den Raum.

Des Weiteren sei in diesem Sommer geplant, zusätzlich eine Reiterstaffel dazu zu holen, die in der Stadt ebenfalls sehr präsent sein werde.

Die Staatsanwaltschaft habe eine eigene Stelle geschaffen für die schnellere Behandlung von mehrfach kriminellen Täterinnen und Tätern. Hierzu wurde berichtet, dass bereits über 40 Menschen in Untersuchungshaft seien und einige Verfahren, mit unterschiedlichen Ergebnissen, bereits abgeschlossen werden konnten, von Bewährungs- bis hin zu Haftstrafen. Die Polizei gehe hinsichtlich der Entwicklung im Sommer wieder von einem Anstieg der Straftaten aus. Daher sei auch geplant, die Videoüberwachung weiter auszubauen, nicht nur am Bahnhofsareal, sondern auch im Umfeld der Clubs und Diskotheken. Um das Parkhaus im Obermünsterviertel sei bereits eine temporäre Videoüberwachung von Donnerstagabend bis Sonntagmorgen installiert worden. Auch in dem Parkabschnitt neben dem Bereich am Interims-Zentraler-Omnibusbahnhof-Regensburg (I-ZOB) Regensburg laufen aktuell Planungen für eine Ausweitung der Videoüberwachung, hinsichtlich dessen Beleuchtungs- und Installierungsmöglichkeiten an Masten für den Einsatz von Kameras geprüft werden. Die Stadt habe des Weiteren auch im Bahnhofsvorplatz bereits Maßnahmen umgesetzt, um die Übersichtlichkeit und die Sichtachsen für die Polizei zu verbessern, indem Büsche ausgelichtet worden seien.

Darüber hinaus laufen Planungen, die zu mehr Belebung des Bereiches beitragen sollen. Beispielsweise plane das Aktionsbündnis der Regensburger Altstadtgastronomen und deren Partner „Fairfeiern“, die bereits in der Altstadt, vor Clubs und auch auf der Jahninsel unterwegs sind, im Sommer Aktionen in diese Richtung. Auch die Polizei plane immer wieder Infostände aufzubauen, an denen man alle möglichen Kontakte mit der Polizei aufnehmen könne. Auch solle durch diverse Umgestaltungsmöglichkeiten eine Belebung erreicht werden. Beispielsweise wurden bereits fest im Boden verankerte Bänke angebracht, damit diese nicht wieder für Vandalismus benutzt werden können. Zwei Brunnen um den Obelisk sollen saniert werden, was aber vermutlich dieses Jahr nicht mehr umgesetzt werden könne. Im

Bereich Obelisk und „Schwammerl“ solle ein weiterer Notfallknopf installiert werden, wie er bereits am I-ZOB installiert sei.

Der Bahnhofsvorplatz könne teilweise, nachdem der Verkehr herausgenommen worden sei, noch in diesem Sommer umgestaltet werden. Die verbleibende Fläche der ehemaligen Regionalbushaltestellen komme weg und die Oberfläche werde neu gemacht mit noch mehr Fahrradabstellanlagen.

Auch in den Grünflächen wolle man mit einem Programm aktiv werden, allerdings sei dieses förderfähige Projekt erst beantragt, aber noch nicht genehmigt worden. Hier versuche man das Peterskirchlein als einen Treffpunkt für kulturelle oder soziale Zwecke zu nutzen. Allerdings muss die Kirche hier auch erst ihre finanziellen Möglichkeiten prüfen, weswegen man noch nicht genau weiß, was umsetzbar sei. Verschiedene weitere Dinge seien im Fokus u. a. das M26 sei ja auch direkt angrenzend. Hier seien auch Aktionen geplant, die aus dem M26 herausgehen; allerdings sei noch unklar, wann und wie dies konkret umgesetzt werden soll. Ziel ist es diesen Ort als ganz normal belebten und bespielten, insgesamt zu einem angenehmeren, Ort zu machen.

16:17 Uhr Herr Friedl kommt in den Raum.

Zur allgemeinen Kriminalitätsentwicklung in Regensburg betont Frau Maltz-Schwarzfischer, dass sie sich hier nicht als richtige Berichterstatteerin sehe, sondern dies Sache der Polizei sei. Sie könne hierzu nur mitteilen, dass bei der Kriminalitätszahl, also der Zahl der Straftaten pro 100.000 Einwohner, Regensburg aktuell an der Spitze der bayerischen Städte vor München, Nürnberg, Bamberg und Augsburg liege.

Die Oberbürgermeisterin erläutert, dass die Ursachen dafür vielfältig seien. Aus ihrer Sicht läge ein Grund darin, dass in Regensburg viel los sei und sich ballt, weswegen gerade deshalb viele Leute herkommen um zu feiern. Wenn man abends durch Ingolstadt oder Würzburg gehe sei deutlich weniger los. Prozentual gesehen, sei bezogen auf die Einwohner und die Fläche in Regensburg wahrscheinlich sogar mehr los als in Nürnberg oder München. Die Polizei gibt als weiteren Grund an, dass Regensburg eine Substitutionspraxis für Drogenabhängige habe, weswegen sich die Stadt zu einem großen Treffpunkt für Drogenabhängige insgesamt entwickelt hat, die sich hier treffen und nicht nur zum Arzt gehen. Unter diesen Menschen befänden sich Kranke, aber natürlich auch Menschen, die straffällig werden, was auch Beschaffungskriminalität mit sich bringe.

Frau Maltz-Schwarzfischer teilt mit, dass aus Sicht der Polizei das Drogen-/Dealer Milieu, das sich in letzter Zeit in der Maximilianstraße und rund um den Busbahnhof etabliert habe, sich aus anderen Personen zusammensetze als früher und auch als gefährlicher eingestuft werde. Dies zeige vor allen Dingen, dass wir eine Entwicklung haben, die es in anderen Städten und Großstädten bereits vorher schon gab. In diesen Dimensionen gab es das bisher in Regensburg nicht.

Des Weiteren sehe man, dass Regensburg immer mehr zu einem Zielort für Partys und Feiern werde. In der Altstadt komme es deshalb, oft aufgrund von Alkohol, immer wieder zu Schlägereien, Vandalismus und Sachbeschädigungen. Hier versucht die Stadt entgegenzuwirken, mit bereits kleineren Erfolgen wie beispielsweise das Wandgemälde am Bauzaun in der Simadergasse und Aktionen wie „Fairfeiern“. Des Weiteren werde auch immer wieder an die Club-/Diskothekenbesitzer appelliert, dass sie vor ihrer Tür für Ordnung sorgen und positiv auf die Feiernden einwirken sollen, um zum respektvollen und rücksichtsvollen Zusammenleben beizutragen.

Zur genauen Polizeistatistik verweist die Oberbürgermeisterin direkt an die Polizei, die man hierzu befragen müsste.

Hinsichtlich der Fragen zu Sprach-, Integrations-, Alphabetisierungs-, Jugendintegrationskursen und ähnlichem, berichtet Frau Maltz-Schwarzfischer, dass insgesamt aktuell die Lage schwierig sei. Seitens der Stadt würden zwar Kurse über die Volkshochschule angeboten, aber die Nachfrage könne bei Weitem nicht gedeckt werden. Viele Dozenten seien als Ergänzungskräfte und Deutsch als Zweitsprache(DaZ)-Lehrkräfte an Schulen gegangen, da sie eine Festanstellung beim Freistaat einer selbständigen Tätigkeit als Dozent/in vorziehen. Aufgrund dessen können Kurse nicht, wie man es gerne hätte, ausgebaut werden. Überall

habe man Wartelisten. Manche Sprachkursträger führen nicht einmal mehr Wartelisten, da dies administrativ zu viel Aufwand bedeute.

Die Stadt Regensburg möchte gerne das Kursangebot ausbauen, weswegen die Volkshochschule auch einen entsprechenden Stellenplanantrag für 2025 gestellt habe. Aufgrund der strikten Konsolidierungsvorgaben für den Verwaltungshaushalt könne man heute aber noch nicht sagen, ob diese Stelle geschaffen werden könne.

Auch bei den Alphabetisierungskursen gibt es keine positiveren Informationen, da diese Kurse kaum mehr angeboten werden können. Zum einen auch aufgrund des Personalmangels und zum anderen seien diese Kurse für Sprachkursträger kaum rentabel. Es gebe ein Programm „Alpha Asyl“ vom Freistaat Bayern, das jedoch von den Trägern nicht in Anspruch genommen werde, da dies zu aufwendig in der Organisation sei und man zusätzliches Personal brauche. Die Qualifizierung von Kursleitungen wäre dabei über den Volkshochschulverband schneller machbar, auch die Zulassungsverfahren wären hier einfacher als die Regularien beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Für Sprachkurse mit Kinderbetreuung gebe es aktuell kein durchgängiges Angebot, und zwar weder in der Stadt noch im Landkreis. Einzig Campusasyl biete dies niedrigschwellig an, allerdings decke dies bei weitem nicht den Bedarf.

Jugendintegrationskurse gebe es, aber auch mit langen Wartezeiten.

16:27 Uhr Frau Schwarz kommt in den Raum.

Frau Maltz-Schwarzfischer bedauert, hier keine positiveren Informationen beitragen zu können. Aus Sicht der Oberbürgermeisterin sei dies ein Bereich mit einem riesigen Handlungsbedarf.

Zum Thema Europawahl erläutert Frau Maltz-Schwarzfischer, dass dafür keine automatischen Wahlbenachrichtigungen an EU-Ausländerinnen und -Ausländer verschickt würden. Diese müssten zunächst die Aufnahme ins Wählerverzeichnis beantragt werden, um in Deutschland an der Europawahl teilnehmen zu können. Die aktuell 10.345 betroffenen Personen wurden darauf durch ein Schreiben des Landeswahlleiters, welches auch auf Englisch verfügbar sei, hingewiesen. Bisher hätten dies 393 nichtdeutsche Unionsbürger aus Regensburg beantragt. Zum Wahlverfahren selbst gäbe es keine mehrsprachigen Informationen, da alle Wahlberechtigten sich selbst über die zur Wahl stehenden Parteien informieren müssten. Parteien können selbst mehrsprachige Wahlprogramme oder Infolyer anbieten, dies falle aber nicht in die Zuständigkeit des Wahlamtes.

Frau Lang bedankt sich bei der Frau Oberbürgermeisterin für ihren ausführlichen Bericht und fragt, ob es noch weitere Fragen gibt.

Frau Shahedi meldet sich und fragt nach, warum EU-Bürger einen gesonderten Antrag stellen müssen für die Wahlunterlagen. Eine ehemalige Kollegin von ihr, die Österreicherin sei und seit 50 Jahren in Deutschland lebe, habe nie an einer Wahl teilgenommen oder Unterlagen erhalten.

Frau Maltz-Schwarzfischer teilt mit, dass es sich um eine deutschlandweite Regelung handle und keine gesonderte Regelung für Regensburg. Die Information durch den Landeswahlleiter sei in ganz Bayern gleich. Die ehemalige Kollegin von Frau Shahedi müsse den Eintrag ins Wählerverzeichnis definitiv selbst beantragen.

Frau Lang fragt, ob es noch weitere Fragen gibt.

Herr Firat merkt an, dass er die Stadtbahn für eine gute Sache hält. Er weist darauf hin, dass die hauptbetroffenen Bürgerinnen und Bürger in Burgweinting leben. Er möchte wissen, warum Nicht-EU-Bürger nicht stimmberechtigt seien.

Frau Maltz-Schwarzfischer teilt hierzu mit, dass generell alle wahlberechtigt seien, auch die Burgweintinger. Allerdings seien die Hauptbetroffenen nicht speziell die Burgweintinger, sondern die gesamte Stadt, weil die Stadtbahn den ÖPNV für die gesamte Stadt verändere und dies auch im Interesse der gesamten Stadt sei.

Frau Lang wirft ein, dass Herr Firat vermutlich die Ausländer meine, die in Burgweinting leben und nicht wahlberechtigt sind, da nur EU-Bürger wahlberechtigt seien.

Frau Maltz-Schwarzfischer erläutert, dass sie selbst auch dafür sei, dass alle die hier ab circa drei Monaten leben und ihren festen Wohnsitz haben, stimmberechtigt sein sollten, auch bei den Kommunalwahlen. Das aktuelle Wahlggesetz schreibe aber vor, dass nur Deutsche und weitere EU-Bürger bei den Kommunalwahlen wahlberechtigt seien, und das gelte auch für Bürgerentscheide.

Frau Maltz-Schwarzfischer erklärt, dass Bürgerentscheide nicht durch die Stadt geregelt werden können, wie beispielsweise eine allgemeine Umfrage, sondern die Regelungen seien vorgegeben. Entweder müssen Bürger Unterschriften sammeln und dies in einem Bürgerbegehren auf den Weg bringen. Hier wiederum müsse dann ein bestimmtes Quorum erreicht werden. Dann gelte dies ein Jahr lang bindend für die Verwaltung. Auch wenn der Stadtrat beschließt einen Bürgerentscheid herbeizuführen gebe es strenge Regeln, beispielsweise wie die Frage gestellt wird, wie dazu informiert werden kann und auch, wer abstimmen kann. Dies liege nicht in der Hand des Stadtrats oder der Oberbürgermeisterin, hierbei handle es sich um gesetzliche Vorgaben.

Frau Lang fragt, ob es weitere Fragen gibt. Dies ist nicht der Fall. Frau Lang bedankt sich bei Frau Maltz-Schwarzfischer für die offene Beantwortung der Fragen.

Frau Lang stellt fest, dass nun Beschlussfähigkeit vorliegt mit 13 stimmberechtigten und verweist noch einmal auf das Protokoll der 45. Sitzung vom 17.11.2023, das an alle verschickt wurde.

Das Protokoll vom 17.11.23 wird einstimmig genehmigt.

Top 3: Rückblick auf die internationalen Wochen gegen Rassismus

Berichterstattung: AG Veranstaltungsorganisation

Frau Lang übergibt das Wort an Frau Arndt-Grunde, da Herr Cetinkaya heute nicht bei der Sitzung dabei sein und berichten kann.

Frau Arndt-Grunde teilt mit, dass die Wochen aus ihrer Sicht sehr erfolgreich verlaufen seien, es hätten viele Veranstaltungen stattgefunden. Vor allem die Kundgebung sei gut gelungen, auch mit der Band habe alles sehr gut zusammengepasst. Es waren sehr viele Leute anwesend und es ging bis in die Abendstunden hinein.

Frau Arndt-Grunde teilt mit, dass es seitens des Integrationsbeirats aktuell Überlegungen gebe, ein Konzert mit der Band aus dem Ankerzentrum zu realisieren. Hierbei wurde bereits das M26 angefragt, was aber aufgrund Anwohnerthematik und Schallschutz vermutlich nicht umsetzbar sei. Ggfls. wäre auch eine Veranstaltung am Bahnhofsareal denkbar, dies müsse aber noch abgeklärt werden. Ansonsten seien aktuell wieder die Interkulturellen Wochen in der Planung.

Frau Lang fügt hinzu, dass es sich bei der Gruppe um eine Band handle, die in der Bajuwarenstraße im Ankerzentrum gegründet wurde. Es sei eine kunterbunte Mischung, jeder der Lust auf Musik habe und mitmachen möchte, sei herzlich willkommen. Es fänden wöchentliche Proben statt, die durch jemandem aus dem Musikcollege unterstützt würden. Frau Lang betont, dass es sich hierbei um eine gute Sache handle und man auch sehe wie sehr Musik verbinden kann.

Herr Streitberger meldet sich zu Wort. Er erläutert, dass die Redebeiträge immer sehr bemerkenswert seien, gibt aber zu bedenken, dass man diese oft schnell wieder vergesse, weshalb diese Beiträge auf die Homepage von BI Asyl gestellt werden, um sie nachlesen zu können.

Des Weiteren teilt Herr Streitberger mit, dass man, wenn man diese tolle Musikgruppe hört, immer daran denken müsse, unter welchen Bedingungen diese Menschen im Ankerzentrum leben. Er erinnert diesbezüglich an den Appell von sieben verfassenden Flüchtlingsgruppen, der von 32 Gruppen aus Regensburg mitgezeichnet worden sei, das Konzept der Ankerzentren nicht fortzuführen und folglich die Ankerzentren abzuschaffen.

Frau Lang stimmt zu, dass die Veröffentlichung der Reden im Nachhinein eine gute Idee sei. Dies wäre auch für die Seite des Integrationsbeirats zu überlegen.

Top 4: Beschluss: 10-jähriges Jubiläum des Integrationsbeirats 2025

Berichterstattung: Vorstand

Frau Lang teilt mit, dass es nächstes Jahr tatsächlich bereits 10 Jahre den Integrationsbeirat der Stadt Regensburg gibt, was ein Anlass wäre, dies zu zelebrieren und auch entsprechend größer zu gestalten. Frau Lang stellt fest, dass in den letzten 10 Jahren viel passiert und entstanden sei. Mittlerweile würden auch viele Aktionen und Veranstaltungen immer wiederholt bzw. jährlich und teilweise sogar monatlich immer wieder durchgeführt.

Daher bittet der Integrationsbeirat für nächstes Jahr einmalig um zusätzliche finanzielle Mittel in Höhe von 5.000,00 Euro für das Budget des Integrationsbeirates, damit ein größerer Jahresempfang, eine Jubiläumsfeier oder ähnliches durchgeführt werden könne. Eine detaillierte Planung werde noch erarbeitet.

Es wird festgestellt, dass keine Gegenstimmen vorliegen und der Beschluss einstimmig angenommen wird.

I. Beschlussvorschlag

Der Integrationsbeirat führt zum 10-jährigen Jubiläum des Integrationsbeirats im Jahr 2025 eine Veranstaltung durch. Hierfür sollen einmalig finanzielle Mittel in Höhe von bis zu 5.000 Euro aus dem Budget des Integrationsbeirats bereitgestellt werden.

Die Stadt Regensburg wird gebeten, dies bei den Haushaltsplanungen entsprechend zu berücksichtigen.

II. Begründung

Die erste Sitzung des neu geschaffenen Integrationsbeirates fand am 04. Februar 2015 statt. Der Integrationsbeirat ist somit Anfang 2025 genau 10 Jahre aktiv. Dieses Jubiläum möchte der Beirat gebührend feiern. Der Integrationsbeirat ist der festen Überzeugung, dass die Durchführung einer solchen Veranstaltung große Bedeutung für seine Innen- und Außenwirkung und auch auf die Öffentlichkeitsarbeit insgesamt haben wird.

Die detaillierte Planung der Jubiläumsveranstaltung wird der Vorstand gemeinsam mit der geschäftsführenden Stelle erarbeiten.

III. Beschluss nach Abstimmung

einstimmig beschlossen

Top 5: Beschluss: Antragsschulung AGABY

Berichterstattung: Vorstand

Frau Lang übergibt das Wort an Herrn Vernim. Dieser erläutert, dass in der Klausurtagung Anfang des Jahres einer der Wünsche der Beiratsmitglieder war, eine umfassende Schulung zu organisieren. Hierbei solle es nicht nur darum gehen, wie man Anträge formuliert, beispielsweise an Stadt, Stadtrat oder AGABY, sondern auch darum, wie man Anträge erarbeitet, wie man Tipps erhält, wo man sich vernetzen könnte, wie man auch Informationen lesen und aufnehmen sollte, die man im Alltag, über Verteiler, politische Debatten oder auch über die Medien erhält. Oder wie man auf Ideen käme, was gut zu beantragen wäre.

Die Idee war, auf AGABY als Dachverband zuzugehen, damit dieser eine entsprechende Schulung für die Beiratsmitglieder veranstalten könne. Dies wurde mit AGABY geklärt, generell sei dies möglich, ein entsprechender Termin müsse noch koordiniert werden. Es sei allerdings so, dass die AGABY derzeit keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung habe, sodass der Integrationsbeirat diese Schulung selbst finanzieren müsse. Hierzu wurde bereits Rücksprache gehalten, es gehe hierbei um eine Größenordnung in Höhe von insgesamt bis zu 1.000 Euro für eine ausführliche Schulung, Materialien, Reisekosten usw. Vermutlich werde die Summe niedriger ausfallen, was einen gewissen Spielraum zuließe, um genauere Details mit AGABY zu besprechen. Da aber hier bis ca. 1.000 Euro aufgewendet werden sollen, müsse der Beirat einen Beschluss fassen. Aktuell sei das finanziell problemlos möglich, das Budget für 2024 ist ausreichend.

Frau Lang bedankt sich.

Es wird festgestellt, dass keine Gegenstimmen vorliegen und der Beschluss einstimmig angenommen wird.

I. Beschlussvorschlag

Der Integrationsbeirat führt eine Schulung zum Themenschwerpunkt Antragstellung und –vorbereitung durch und stellt dafür ein Budget von insgesamt 1.000 Euro aus seinen Haushaltsmitteln zur Verfügung. Die Schulung soll mit einer/einem Referentin/Referenten von AGABY durchgeführt werden.

II. Begründung

In der Klausurtagung am 27.01.2024 wurde durch Mitglieder des Integrationsbeirates mehr Hilfe und Unterstützung beim Formulieren von Anträgen gefordert und dazu eine konkrete Schulung vorgeschlagen. Es wurde die Kontaktaufnahme durch die geschäftsführende Stelle mit AGABY vereinbart. Die Rücksprache mit AGABY ist erfolgt und die Durchführung einer solchen Antragsschulung ist noch im Jahr 2024 möglich.

III. Beschluss nach Abstimmung

einstimmig beschlossen

Top 6: Bericht zum ersten Treffen der AG Geschäftsordnung

Berichterstattung: Vorsitzende

Frau Lang berichtet, dass in der letzten Klausurtagung beschlossen wurde, eine Geschäftsordnung aufzustellen. In der Geschäftsordnung sollen einige Punkte konkretisiert werden, wie man beispielsweise mit Anfragen umgeht, wer was behandelt, wie weiter verfahren wird und eben diese Themen, die in der bisherigen Satzung teilweise nicht geklärt waren, was eigentlich im Normalfall in einer Geschäftsordnung geregelt sein sollte. Hierzu wurde eine Anfrage gestartet, wer in dieser AG mitwirken möchte, sodass das erste Treffen bereits am 04.04.2024 stattfinden konnte.

Im ersten Treffen wurde nun die Satzung durchgegangen und versucht herauszukristallisieren, wo Probleme auftauchen, was unkonkret formuliert sei und welche Punkte man konkretisieren könne. Ein entsprechendes Protokoll sei derzeit in Bearbeitung und werde noch zugeschickt. Frau Lang weist darauf hin, dass weitere Interessierte, die noch an der AG Geschäftsordnung teilnehmen möchte, sich gerne melden können. Auch wer Themen oder Ideen habe, die noch behandelt werden sollen, könne sich gerne bei der AG melden. Frau Lang weist darauf hin, dass es sich um eine zeitlich begrenzte Teilnahme an der AG Geschäftsordnung handelt, was eine Verpflichtung auf kurze Dauer bedeute.

Frau Lang fragt, ob es weitere Fragen gibt.

Herr Vernim ergänzt, dass der nächste Termin in circa 6 Wochen ab dem letzten Treffen geplant sei, aktuell nach den Pfingstferien. Der aktuelle Stand muss vorerst noch verschriftlicht werden. Vorerst wurden nur die großen Punkte gesammelt, die in der Geschäftsordnung mit aufgenommen werden sollen. Eine konkrete Ausformulierung dazu gebe es noch nicht, da einige Punkte komplexer seien und evtl. mehr Zeit in Anspruch nehmen als andere.

Top 7: AGABY-Jahrestagung und Vollversammlung am 11. und 12. Mai 2024

Berichterstattung: Vorstand

Frau Lang übergibt das Wort an Herrn Vernim, der zunächst noch einige Details erläutern kann.

Herr Vernim teilt mit, dass die AGABY-Jahrestagung und Vollversammlung am 11. und 12.05.2024 in Ingolstadt stattfinden. Am 11. Mai finde die Fachjahrestagung statt. Hierbei gehe es um Fachthemen, Workshops, Diskussionsrunden, Podiumsdiskussionen und Grußworte, jeweils mit entsprechenden Pausen und Verpflegung. Am 12. Mai finde dann die AGABY-Vollversammlung statt, wobei der Anmeldeschluss für beide Termine der 30.04.2024 sei. Herr Vernim erklärt, dass die AGABY ein begrenztes Kontingent an reservierten Hotelplätzen vor Ort habe und es sein könne, dass diese bereits weg sind. Erfahrungsgemäß sei die AGABY zwar sehr kulant, wenn man sich kurzfristig anmelden wolle und teilweise konnten in der Vergangenheit sogar noch Leute teilnehmen, die sich gar nicht angemeldet hatten. Allerdings sei es für die AGABY besser organisierbar, wenn man sich rechtzeitig anmelde.

Der Integrationsbeirat habe grundsätzlich ein kleines Budget für Reisekosten im Rahmen der Beiratsarbeit in Höhe von ca. 400,00 Euro zur Verfügung. Im Rahmen dessen könne man als Integrationsbeiratsmitglied einen entsprechenden Erstattungsantrag bei der geschäftsführenden Stelle einreichen. Allerdings müsse beachtet werden, dass es bei der AGABY-Vollversammlung zwei Delegierte gebe, Frau Mariana Torreblanca-Cruz und Frau Monir Shahedi, die im Sinne des Beirats vorrangig bei der Abrechnung der Reisekosten bedacht werden sollen. Herr Vernim erläutert weiter, dass bei der AGABY-Vollversammlung nur die zwei Delegierten Stimmrecht haben. Bei der Jahrestagung könne sich jeder Interessierte anmelden und sollten hier Fahrtkosten anfallen, solle man bei der geschäftsführenden Stelle Bescheid geben.

Frau Lang spricht an, dass angedeutet wurde, dass mindestens eine Stelle im Vorstand der AGABY frei werde und gibt zu überlegen, dass dies für die eine oder den anderen eine Option wäre, sich dafür zur Wahl zu stellen.

Frau Lang verweist auf den Antrag von Herrn Cetinkaya, der kurzfristig noch gestellt wurde. Herrn Cetinkaya wäre es ein Anliegen, dass dies in der heutigen Sitzung behandelt werde.

Frau Lang fragt, ob es hierzu Fragen gibt, dies ist nicht der Fall.

Es wird festgestellt, dass keine Gegenstimmen vorliegen und der Beschluss einstimmig angenommen wird.

I. Beschlussvorschlag

Der Integrationsbeirat stellt zur AGABY-Vollversammlung am 12. Mai 2024 folgenden Antrag: AGABY soll für die Internationalen Wochen gegen Rassismus und die Interkulturelle Woche bayernweite Austauschtreffen organisieren und diese moderieren.

II. Begründung

Die Interkulturelle Woche und die Internationalen Wochen gegen Rassismus sind wichtige Termine im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung, für eine inklusive, vielfältige und multikulturelle Gesellschaft.

Diese werden von vielen Städten und Beiräten in Bayern koordiniert und organisiert. Um die Organisation und die Koordination der jeweiligen Wochen für die Kommunen zu erleichtern und einen Ideenpool zu schaffen, wären bayernweite Koordinations- und Austauschtreffen von großem Vorteil.

Dies würden eine Bündelung der Erfahrungen und eine bessere und effektivere Arbeitsweise ermöglichen. AGABY würde die Netzwerke und die Kontakte, wie z.B. zu Referenten oder Gruppierungen, die auf bestimmte Themenfelder spezialisiert sind, zu Presse und Medien, die die jeweiligen Kommunen erarbeitet und geknüpft haben, bündeln und zusammenführen. In den Treffen könnten Ideen und Vorschläge für Veranstaltungen, Erfahrungen und Methoden in Koordination und Planung der Wochen ausgetauscht werden.

In den Austauschtreffen könnte auch die Zusammenarbeit der Beiräte gefördert werden, was zu Folge hat, dass die Beiräte in den Wochen nach Außen einheitlicher und wiedererkennbar auftreten, weil immer die gleichen Formate, z.B. Erscheinungsbild Flyer, Broschüren usw., verwendet würden.

All dies würde die Wichtigkeit der Wochen hervorheben und aufwerten.

III. Beschluss nach Abstimmung

einstimmig beschlossen

Top 8: Beschluss: Pressemitteilung zur Europawahl am 08. Juni 2024

Berichterstattung: AG Politik, Soziales und Antirassismuserbeit

Frau Lang erklärt, dass man ursprünglich eine Pressemitteilung zum Teil schon gehabt habe, man sich aber darauf geeinigt habe noch abzuwarten, was die AGABY selbst herausgibt. Diese Pressemitteilung solle dann übereinstimmend mit der von AGABY formuliert werden und erst kurz vorher herauskommen.

Geeignet habe man sich, dass die AG Politik, Soziales und Antirassismus hierzu die Pressemitteilung verfasst. Diese werde dann an alle zur Kenntnisnahme verschickt, mit der Bitte sich bei Unstimmigkeiten oder Einwänden zu melden.

Frau Lang fragt, ob es hierzu Fragen gibt. Dies ist nicht der Fall.

Es wird festgestellt, dass keine Gegenstimmen vorliegen und der Beschluss einstimmig angenommen wird.

I. Beschlussvorschlag

Der Integrationsbeirat veröffentlicht eine Pressemitteilung zur anstehenden Europawahl am 09.06.2024. Die AG Politik, Soziales und Antirassismuarbeit erstellt hierzu einen Entwurf. Dieser wird dem Vorstand zur Freigabe vorgelegt.

II. Begründung

Es wird erwartet, dass auch die AGABY als Dachverband der Migrantenbeiräte Bayerns eine eigene Pressemitteilung erstellen wird. Auch der Integrationsbeirat möchte die Regensburger Bürgerinnen und Bürger dazu aufrufen, sich an der Europawahl zu beteiligen und dabei die demokratischen Kräfte zu stärken.

III. Beschluss nach Abstimmung

einstimmig beschlossen

Top 9: Beschluss: Brief an Firma Buschmann Heizung-Sanitär

Berichterstattung: AG Politik, Soziales und Antirassismusbearbeitung

Frau Lang übergibt das Wort an Frau Arndt-Grunde.

Frau Arndt-Grunde berichtet, dass sich wieder jemand aus der Bevölkerung wegen des Werbekonzepts der Firma Buschmann Heizung-Sanitär gemeldet habe.

Der Integrationsbeirat habe sich dazu entschieden, nochmal einen Brief an Herrn Buschmann zu schreiben und erneut darauf hinzuweisen, wieso diese Werbung als problematisch gesehen werde. Frau Arndt-Grunde verweist auf den vorliegenden Beschlussvorschlag und gibt zu überlegen, ob es ggfls. sinnvoll wäre, einen Kontakt mit dem Bürgermeister der Stadt Neutraubling aufzunehmen. Allerdings gehe es heute zunächst darum abzustimmen, dass der Integrationsbeirat diesen Brief an die Firma schickt.

Frau Lang fragt, ob es noch Änderungsvorschläge gibt.

Frau Schwarz und Frau Arndt-Grunde schlagen noch Änderungen des Beschlusses hinsichtlich der Formulierung des Briefes vor. Frau Arndt-Grunde schlägt vor, noch einzufügen, dass es Hinweise aus der Bevölkerung gab.

Frau Schwarz und Frau Arndt-Grunde stellen gemeinsam einen Änderungsantrag. Die Formulierung ab Zeile 4 solle dann lauten:

„Nachdem wir seitdem mehrfach Hinweise aus der Bevölkerung, insbesondere zur Darstellung einer Schwarzen Person mit einem Mauschlüssel im Haar, bekommen haben, möchten wir erneut betonen, dass diese Abbildung Konnotationen trägt, die rassistisch und verletzend für Schwarze Personen sind.“

Frau Lang fragt an, ob alle mit den Änderungsantrag von Frau Arndt-Grunde und Frau Schwarz einverstanden ist. Dies ist der Fall. Es wird festgestellt, dass keine Gegenstimmen vorliegen und der Beschluss einstimmig angenommen wird.

I. Beschlussvorschlag

Der Integrationsbeirat beschließt, folgenden Brief an die Firma Buschmann Heizung-Sanitär zu senden:

Sehr geehrter Herr Buschmann,
im Dezember 2021 haben wir uns bereits schriftlich zu Ihrer Werbung geäußert. Nachdem wir seitdem mehrfach Hinweise aus der Bevölkerung, insbesondere zur Darstellung einer Schwarzen Person mit einem Maulschlüssel im Haar, bekommen haben, möchten wir erneut betonen, dass diese Abbildung Konnotationen trägt, die rassistisch und verletzend für Schwarze Personen sind.

Leider haben Sie auf unser damaliges Schreiben nicht reagiert und Sie benutzen weiterhin diese Werbung. Wir möchten daher nochmals mit Nachdruck darauf hinweisen, dass die Art der Darstellung eine Beleidigung ist, da sie Schwarze Menschen als primitiv, rückständig und zivilisationsfern darstellt. Diese Stereotypen stehen im Widerspruch zu den Werten der Toleranz und des friedlichen Miteinanders, für die sich der Regensburger Integrationsbeirat einsetzt.

Uns ist harmonisches Zusammenleben in unserer diversen und multikulturellen Stadt wichtig. Wir schätzen die Meinungsfreiheit, setzen uns jedoch auch entschieden gegen Diskriminierung und Rassismus ein. Daher bitten wir Sie erneut eine alternative Werbestrategie für Ihr Unternehmen zu wählen, die frei von beleidigenden Darstellungen ist.

Gerne stehen wir Ihnen für eine Rücksprache zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

II. Begründung

siehe Brief

III. Beschluss nach Abstimmung

einstimmig beschlossen

Top 10: Berichte der AGs

Frau Lang übergibt das Wort an Frau Torreblanca-Cruz.

Frau Torreblanca-Cruz erinnert noch einmal alle Anwesenden an die Social-Media-Kanäle des Integrationsbeirates und bittet darum, diesen zu folgen und die Info auch an alle weiterzugeben, die Interesse daran haben. Frau Torreblanca-Cruz berichtet, dass die zuletzt veröffentlichten Fotos und Videos auf Instagram mit sehr gutem Erfolg angenommen worden seien und bereits viele Kontakte geknüpft werden konnten z. B. mit Campus Asyl und anderen, die heute auch anwesend seien und über Social-Media-Kanäle verfügen und langsam ein richtiges Netzwerk entstehe. Frau Torreblanca-Cruz teilt mit, dass der Beirat auf Instagram bereits 130 Follower hat. Auf Facebook seien es etwas weniger, da diese Seite auch später geschaltet wurde. Frau Torreblanca-Cruz hofft weiter auf eine positive Entwicklung und steigende Follower.

Frau Arndt-Grundeil fragt nach, ob Inhalte von Sitzungen regelmäßig eingestellt werden sollen, da man dann ggfls. auch jetzt von der aktuellen Sitzung ein Foto machen könne bzw. könne man auch ggfls. dann immer das gleiche Foto nehmen. Frau Torreblanca-Cruz bestätigt dies, betont, dass dies auch ein wichtiger Bestandteil der Arbeit wäre, sie würde dann auch ein entsprechendes Foto zur aktuellen Sitzung einstellen, sofern niemand etwas dagegen habe auf diesem Bild zu erscheinen.

Frau Lang fragt, ob es weitere Fragen zum Thema gibt. Dies ist nicht der Fall.

Frau Lang verweist auf den neuen Flyer des Integrationsbeirates, der auch im Sitzungssaal ausgelegt wurde, und gerne mitgenommen und weitergegeben werden dürfe. Durch den vorhandenen QR Code seien die neuesten Informationen abrufbar. Des Weiteren sei sich auf einige ausgewählte Fotos beschränkt worden. Frau Lang betont, dass er sehr gut die Arbeit des Integrationsbeirates widerspiegeln würde. Frau Lang bedankt sich bei allen Beteiligten und Herrn Vernim für die Unterstützung bei der Erstellung und Umsetzung des Flyers.

Frau Lang übergibt an die AG Politik, Soziales und Antirassismus

Frau Arndt-Grundeil teilt mit, dass zuletzt eben der Brief an die Firma Buschmann besprochen worden sei. Des Weiteren habe wieder ein sehr vertrauensvoller Austausch mit der Ausländerbehörde stattgefunden. Zwei weitere Themen seien noch offen, müssten dann aber im nächsten Treffen thematisiert werden. Auf Nachfrage von Frau Stupavsky teilt Frau Arndt-Grundeil mit, dass es um die Drei-M*-Straße und um eine Initiative, die von Herrn Vernim vorgeschlagen wurde, gehe, sie allerdings hierzu noch nichts Genaueres sagen kann.

Frau Lang übergibt das Wort an Frau Schwarz.

Frau Schwarz berichtet über den aktuellen Stand zu den Meldeangelegenheiten und dem hierzu erfolgten Austausch mit der Ausländerbehörde. Die erwartete Rückmeldung dauere einfach noch, da dies verwaltungsintern geklärt werden müsse. Die Warteschlange vor der Ausländerbehörde sei besonders morgens immer sehr lang; ab halb zehn, zehn, entspanne sich die Lage aber. Frau Schwarz betont, dass man verstehe, dass die Menschen aus ihrer Not heraus, immer möglichst gleich morgens vorsprechen möchten. Vielleicht wäre für diese Menschen ein Hinweis der entsprechenden bearbeitenden Stelle, einfach später zu erscheinen bzw. noch einmal zu kommen, hilfreich. Frau Schwarz betont, dass es hinsichtlich der Meldeangelegenheiten nicht viele Städte gäbe, in denen diese bei der Ausländerbehörde gebündelt behandelt würden und auch bei vielen kreisfreien Städten anders umgesetzt werde. Zum Thema Digitalisierung spricht Frau Schwarz an, dass man sich zur Website Gedanken gemacht habe und sich generell eine Vereinfachung wünsche. Frau Schwarz betont, dass

klar sei, dass dies auch Aufgabe anderer Ämter sei, beispielsweise auch die Pressestelle beteiligt sei. Der Integrationsbeirat wünsche sich, wenn möglich zum Thema Digitalisierung, vielleicht in der nächsten Sitzung, einen Bericht der Pressestelle zum aktuellen Stand. Frau Schwarz schlägt vor, dass ggfls. eine Nummerierung der Anträge schneller zum Ziel führen könne, wenn man ein bestimmtes Formular suche.

Frau Maltz-Schwarzfischer betont, dass Aufgabenbeschreibungen und -zuordnungen in der Organisationshoheit der Oberbürgermeisterin über die Verwaltung seien und dies auch kein Integrationsbeirat beschließen könne. Man brauche die Menschen die dies umsetzen. Meldeangelegenheiten können sowohl in der Ausländerbehörde, als auch im Einwohnermeldeamt bzw. Bürgerzentrum gut bearbeitet werden, sofern man genügend Leute habe, sodass sich keine endlosen Warteschlangen bilden und es nicht zu umständlich werde. Frau Maltz-Schwarzfischer teilt mit, dass damals beschlossen wurde, dies in der Ausländerbehörde zusammenzuführen, damit die Kunden nur zu einem Amt gehen und nicht zu verschiedenen Behörden geschickt werden müssen und dann zweimal anstehen. Es sei richtig, dass man in anderen Städten anders organisiert sei. Allerdings sei dies eben auch immer eine Frage des Personals und dass man die entsprechenden Stellen auch besetzen könne.

Zum Thema Digitalisierung und Gestaltung der Homepage seien dies zwei verschiedene Dinge. Die Pressestelle sei für die Gestaltung der Website verantwortlich. Für die Digitalisierung der Verwaltung, wie E-Government und das online zugänglich machen von verschiedenen Leistungen, sei das Amt für Information und Kommunikation zuständig.

Frau Spitaler-Kossok fügt hinzu, dass der Wunsch dahinging, dass Online Formulare eine durchgehende Nummerierung erhalten, sodass man bei der Suche nach einem bestimmten Formular, nur nach der Nummer und nicht den ganzen Begrifflichkeiten suchen müsse. Dies könne insbesondere für externe Organisationen, die auch beratend tätig sind, welche Anträge zum Amt für Integration und Migration gebracht werden müssen, hilfreich sein. Dies wäre vielleicht hilfreich generell einheitlich für die Stadt umzusetzen. Frau Maltz-Schwarzfischer gibt zu bedenken, dass die Pressestelle diese Aufgabe allein wohl nicht lösen könne und man hier vermutlich verschiedene Ämter mit der Umsetzung betrauen müsse.

Frau Lang teilt mit, dass ihr dies aus eigener Erfahrung, bei der Suche nach einem bestimmten Formular, aufgefallen sei, da dies für sie bereits sehr schwierig gewesen sei. Für Menschen, die hier ankommen, sei dies eine dann noch größere Herausforderung. In anderen Ämter gäbe es dies bereits. Frau Maltz-Schwarzfischer befindet dies als eine gute Idee. Auch für die Ausländerbehörde wäre es sicherlich einfacher, nur die entsprechende Nummer anzugeben, als den ganzen Titel.

Frau Maltz-Schwarzfischer teilt mit, dass sich die Pressestelle um Dinge wie beispielsweise die Barrierefreiheit, die Vorlesefunktionen, um die Vermittlung in einfacher Sprache und um die Möglichkeit der mehrsprachigen Angebote kümmere, sowie um die Gestaltung und wie man etwas findet. Nach persönlicher Meinung von Frau Maltz-Schwarzfischer sei die Website der Stadt tatsächlich etwas benutzerunfreundlich. Die Umgestaltung gestalte sich schwierig. Aktuell arbeite man daran, mit den entsprechenden Stellen, die dies auch umsetzen können, eventuell eine Regensburg-App einzuführen, für die leichtere Handhabung mittels Smartphones, was sich aber auch nicht einfach gestalte.

Frau Lang geht noch einmal auf die Meldeangelegenheiten ein und erläutert, dass dem Integrationsbeirat die personelle Situation klar sei und man nicht einfach etwas umlagern könne. Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, dies auch nicht als eine Forderung, sondern lediglich als Wunsch bzw. eine Bitte betrachten. Frau Lang bittet um Nachsicht und betont, dass der Integrationsbeirat lediglich darum kämpfe, in den Ämtern eine Entlastung zu schaffen, wo die meisten Angelegenheiten der Ausländer ankämen.

Frau Maltz-Schwarzfischer äußert ihr vollstes Verständnis dafür, da dies natürlich die Anlaufstellen seien, wo der Integrationsbeirat bei der Unterstützung von Ausländern mit der Stadtverwaltung auch in entscheidenden Angelegenheiten in vielerlei Hinsicht zu tun habe, zum

Beispiel für Reise-, Pass- und Meldeangelegenheiten usw. Frau Maltz-Schwarzfischer habe keine Einwände, wenn man sich entsprechend Gedanken mache und informiere. Sie teilt auch mit, dass sie der regelmäßige Austausch mit dem Amt für Integration und Migration, der jetzt stattfindet, freue und sie dies für sehr vernünftig und gut halte. Hinsichtlich der Meldeangelegenheit muss man die Entwicklung allerdings abwarten, vor allen Dingen auch im Hinblick auf die aktuell laufende Organisationsuntersuchung.

Frau Lang weist die Anwesenden noch einmal darauf hin, dass Kunden, die auch erst um halb elf erscheinen und eine Nummer ziehen, noch vorsprechen können, auch wenn inzwischen bereits geschlossen wäre. Daher müsse der Kunde nicht unbedingt sofort früh morgens erscheinen, obwohl der Grundgedanke der Kunden, diese Angelegenheiten gleich morgens erledigen zu wollen, nachvollziehbar sei.

Frau Lang verweist auf die AG Veranstaltung, vertreten durch Herrn Cetinkaya. Frau Lang stellt fest, dass der Rückblick auf die Internationalen Wochen gegen Rassismus bereits erfolgt sei und demnächst dann die Vorbereitungen auf die Interkulturellen Wochen starten.

Frau Lang stellt fest, dass es bei der AG Bildung und Sprache aktuell keine Treffen gab und deshalb heute auch kein aktueller Bericht anstehe.

Frau Lang übergibt das Wort an Herrn Vernim.

Top 11: Bericht der geschäftsführenden Stelle

Berichterstattung: Amt für Integration und Migration

Herr Vernim teilt mit, dass viele Dinge an denen die geschäftsführende Stelle aktuell arbeite heute bereits im Verlauf der Sitzung thematisiert wurde und möchte nur noch kurz auf anstehende Termine verweisen:

- 13. April: Bayerischer Europatag in Regensburg, Haidplatz und Umgebung, ab 11 Uhr
- 18. April: Eröffnung Grenzland-Filmtage (Filme aus Osteuropa), Kinos im Andreassstadl (bis 20. April)

17:20 Uhr Herr Gaittet verlässt den Raum.

- 21. April 24: Frühjahrsempfang der Grünen "Starkes Europa, starke Demokratie" in der Stadtkunst Regensburg (Prüfeninger Straße 30), 11 Uhr
- 23. April 24: Abschlussveranstaltung 1. Durchgang Mentoring-Partnerschaft Regensburg im DEGGINGER, 19 Uhr, Frau Lang als Vorsitzende bereits eingeladen
- 26. April 24: Veranstaltung „Wohin steuert Europa in der Asyl- und Flüchtlingspolitik?“ der SPD AG Migration und Vielfalt im Gewerkschaftshaus, 17:30 Uhr, keine Anmeldung nötig
- 30. April: Gemeinsam Kommune: Online-Workshop „Beteiligung von Jugendlichen in der kommunalen Integrationsarbeit erhöhen“ von 9 bis 12 Uhr; Anmeldung noch bis 24. April
- 5. Mai 2024: Begegnungs- und Spieletag im Jugend- und Begegnungszentrum Guericke von 11 bis 18 Uhr
- 11./12. Mai: AGABY-Jahresintegrationsfachtagung und Vollversammlung in Ingolstadt (Anmeldung noch bis Ende April)
- 7. Juni 2024: Vortrag zu Flucht, Asyl, (Aus-)Bildung und Arbeit für Haupt- und Ehrenamtliche in der Arbeit mit Geflüchteten im Amt für Integration und Migration, 14 bis 17 Uhr; ausführliche Einladung kommt noch
- 8. Juni 2024: 50 Jahre Ausländer- und Integrationsbeirat Erlangen, Sommerfest ab 15 Uhr im Schlossgarten Erlangen; keine Anmeldung
- 10. bis 16. Juni: Vierte Regensburger Nachhaltigkeitswoche
- 19. Juni: Vorbereitungstreffen nächste Integrationsbeiratssitzung, 16:30 Uhr online
- 20. Juni 2024: Gemeinsam Kommune: Fachkonferenz „Gemeinsam Wir?! Kommunale Integrationsarbeit und gesellschaftlicher Zusammenhalt“ im Kolpinghaus Regensburg. Konkrete Einladung mit Anmeldung wird bald kommen.
- 21. Juni 2024: Integrationsforum Stadt und Landkreis Regensburg, Landratsamt, 9 Uhr
- 28. Juni: Integrationsbeiratssitzung, 16 Uhr
- 15. Februar 2025: Klausurtag Integrationsbeirat

Frau Lang bedankt sich und fragt, ob es noch Fragen oder Ergänzungen gibt.

Herr Firat meldet sich und teilt mit, dass es in der IG Metall Geschäftsstelle eine personelle Veränderung gegeben habe und eine neue Kollegin hinzugekommen sei, Frau Asyljamian Fadir, die auch für die AG Migrationsausschuss zukünftig die Ansprechpartnerin sei. Des Weiteren sei der Migrationsausschuss IG Metall neu aufgestellt worden und Herr Firat sei der neue Vorsitzende, sein Kollege Herr Yüksel Aydin sein Stellvertreter. Er möchte darauf hinweisen, dass dieses Jahr das Tarifvertragsgesetz 75 Jahre alt geworden sei.

Frau Spitaler-Kossok möchte gerne noch auf die Frage anfangs von Frau Shahedi bezüglich der Möglichkeit, wie Unionsbürgerinnen und -bürgern bei der Europawahl teilnehmen können, zurückkommen. Sie verweist auf die Seite der Bundeswahlleiterin für Unionsbürgerinnen und -bürger. Hierzu müsse tatsächlich ein Antrag auf Eintragung ins Wählerverzeichnis

gestellt werden, außer man war früher ins Wählerverzeichnis eingetragen. Dann erhalte man automatisch eine Wahlbenachrichtigung. Ansonsten müsse dies förmlich und zwar persönlich und handschriftlich bei der Gemeinde beantragt werden. Die Frist für die diesjährige Wahl sei bis spätestens am 21. Tag vor der Wahl d. h. bis spätestens 19. Mai 2024. Bis dahin müsse der Eintrag bei der Gemeinde am Wohnort eingegangen sein. Die Frist sei nicht verlängerbar.

Frau Lang bedankt sich für die Auskunft. Frau Lang gratuliert Frau Torreblanca-Cruz heute und Herrn Sarik nachträglich zum Geburtstag.

Frau Lang bedankt sich und schließt die Sitzung um 17.27 Uhr.

Regensburg,

gez.
Julia Lang
Vorsitzende

Protokoll: Dirnberger Melanie (Amt für Integration und Migration, geschäftsführende Stelle)